

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

24.4.1929 (No. 95)

Expedition:  
Karlshöhe  
Str. Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rp.; Samstag 15 Rp. — Anzeigengebühr: 14 Rp. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifliche Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlshöhe-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verreibung, und Konfiskationverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenscheine, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

### Die Kassenlage des Reichs

#### Einigung mit den Banken

Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen mit den Banken des Reichs, um den Umlaufbedarf sicherzustellen, haben, wie wir hören, zu einem Abschluß geführt. Es wird ein dreimonatlicher Schatzwechselkredit in Höhe von 170 Millionen Reichsmark gewährt, der zum jeweiligen Lombardzins der Reichsbank zu verzinsen ist zuzüglich 1/2 Proz. Provision. Dieser Kredit ist im Juli abzudecken. Das wird dadurch möglich, daß der Juli ein guter Steuermonat ist, in dem Überschüsse vorhanden sind, so daß für ultimo Juli neue Kredite nicht aufgenommen zu werden brauchen. Schon im April ohne neue Kredite über die Kassen Schwierigkeiten hinwegzukommen, war dadurch unmöglich, daß die Arbeitslosenversicherung, die bis ultimo März einen Kredit von 260 Millionen Reichsmark in Anspruch genommen hatte, weitere Kredite in Höhe von 60 Millionen erhalten hat. Außerdem waren noch erhebliche Ausgabenreste vorhanden, die im April gezahlt werden mußten.

Der Kreis der kreditgebenden Banken hat sich erweitert. Das Reich steht mit der Preußenkasse in Verhandlungen zwecks Rückzahlung des Hundertmillionenkredits, den die Preußenkasse für ultimo März und auch für ultimo April zur Verfügung gestellt hat. Das Reich erbittet eine neue Kreditermächtigung von 200 Millionen Reichsmark. Es handelt sich bei dieser neuen Ermächtigung um eine rein formelle Schwierigkeit, die durch die Stellungnahme der Reichsschatzverwaltung entstanden ist.

### Die Kosten der Arbeitslosigkeit

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding verhandelte Dienstag mittig in Berlin, wie angekündigt, mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Frage des Bankkredits für die Reichskasse. Die Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch und endigten mit der Vereinbarung, daß die Regierungsparteien ein Initiativgesetz einbringen werden, das die Anleihermächtigung des Reichs um 200 Millionen erhöht.

Der Antrag der Regierungsparteien erhöht die im Art. 2 des Budgetgesetzes für 1928 auf 908 Millionen festgesetzte Anleihermächtigung (davon 250 Millionen für Darlehen an die Arbeitslosenversicherung) um 201,1 Millionen, sie erreicht also 1109,1 Millionen Reichsmark.

Der Zweck der Erhöhung ist, der Regierung die Möglichkeit zu geben, den weiteren Anprüchen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf Gewährung von Darlehen zu genügen. Da die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen trotz des saisonbedingten starken Rückgangs immer noch erheblich über der Grenze liegt, innerhalb deren die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Unterstellungen aus ihren eigenen Beitragseinnahmen finanzieren kann, muß nach wie vor, wie das seit Mitte Januar der Fall ist, das Reich einsteuhen mit Darlehen an die Reichsanstalt einspringen. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, war man sich bei der Erörterung der Angelegenheit innerhalb der Regierungsparteien darüber klar, daß im Sinne einer Umdeutung, die Dr. Hilferding bereits in seiner Rede im März gemacht hat, eine beschleunigte Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes notwendig sei, damit die Belastung der Reichskasse durch Darlehen auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werde. In welcher Richtung die Reform gehen soll, darüber scheinen allerdings die Meinungen noch auseinanderzugehen.

### Die Westmittelmereifahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das wie gemeldet, Dienstag mittig 13.32 Uhr zu seiner Westmittelmereifahrt aufgestiegen ist, passierte um 13.50 Uhr Konstantz. Nachdem gegen 15 Uhr Babel überflogen war, wurde das Schiff um 16.50 Uhr über Chalons-sur-Saone gestrichelt. Die Schiffsführung hat sich wegen des immer noch unfreundlichen Wetters im Mittelmeergebiet entschlossen, den Kurs zunächst wieder westlich mit dem Ziel Gibraltar zu nehmen. Der Stand des „Graf Zeppelin“ war um 18.30 Uhr abends Montlucon (Östfrankreich); Stand um 21 Uhr: Bordeaux mit Kurs über den Golf von Biscaya auf Kap Ortegal (Nordspitze von Spanien). 3 Uhr früh überflog das Luftschiff La Coruna. Das Wetter war nach einigen Regenschauern jetzt wieder klar und ruhig.

12.45. Lissabon, 24. April (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat auf seiner Mittelmeereifahrt um 10.30 Uhr die Stadt überflogen. Das Erscheinen des Luftschiffes über Lissabon bedeutete für die Bewohner der Stadt, die noch nie ein festbares Luftschiff gesehen hatten, eine große Sensation. Vier Militärflugzeuge waren dem „Graf Zeppelin“ entgegengeflogen und begleiteten ihn auf seinem Fluge über die Stadt.

Zum Lohnschiedsbruch im Ruhrbergbau. Dem Schiedspruch, der den Bergarbeitern eine effektive Lohnhöhung bringt, werden die Arbeitgeber, deren Vertreter für den Schiedspruch gestimmt haben, zustimmen. Dagegen werden die Arbeitnehmer vorwiegend diejenigen Schiedspruch ablehnen, und zwar mit der Begründung, daß die Arbeitgeber von der 5proz. Lohnzulage nur 0,65 Proz. tragen, den darüber hinausgehenden Teil aber das Reich in Form der den Arbeitnehmern zustehenden Subventionierung der Knappschaft übernehmen. Diese Unterstützung jedoch sei den Arbeitern bereits vor der Lohnhöhung zugesagt gewesen. Aus diesen Erwägungen heraus werden die Arbeitkonferenzen, wie man annimmt, kommenden Sonntag den Schiedspruch ablehnen.

### Letzte Nachrichten

#### Das landwirtschaftliche Notprogramm

#### Die Lage der Genossenschaften

RDZ, Berlin, 24. April. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms gab Präsident Klepper (Preussische Zentralgenossenschaftsliste) einen Überblick über die finanzielle Lage der zentralen Geldstellen der Genossenschaftsverbände.

Die Verluste, insbesondere bei der Deutschen Raiffeisenbank und der Genossenschaftlichen Zentralkasse des Reichslandbundes, betragen etwa 60 Millionen Reichsmark. Die Verluste seien zu einem erheblichen Teile aus nichtgenossenschaftlichen Geschäften der Deflationzeit entstanden. Die eingeleitete Reorganisation des Genossenschaftswesens werde die Dezentralisierung des Geldverkehrs bringen, daneben würde sich auch im genossenschaftlichen Unterbau die Notwendigkeit einer Verlustbereinigung herausstellen. Mit den erforderlichen Mitteln sei die Preußenkasse bereits zu einem großen Teile eingesprungen. Es sei erforderlich, namentlich die Mittel aus den im Vorjahre bereitgestellten 25-Millionen-Fonds heranzuziehen und durch die Verletzung des Genossenschaftswesens von der Last des toten Kapitals die Grundlagen für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens zu schaffen.

Reichsernährungsminister Dietrich erklärte, daß er Bedenken dagegen habe, die Reichsbeiträge von 25 Millionen Reichsmark lediglich zur Deckung der Verluste zu verwenden. Ein großer Fortschritt sei die Erkenntnis, daß eine Rationalisierung ohne Sanierung nicht möglich sei. Im übrigen hätte die Rentenbank-Kreditanstalt, die doch mitwirken müsse, eine klare Entscheidung bisher noch nicht getroffen. Das Reich könne den Betrag von 25 Millionen nur ausgeben, wenn diese beiden Banken sich an der Aktion beteiligen. Das Verfahren der Hilfsaktion sei vielleicht in der Weise zweckmäßig, daß die Entscheidung über die Verwendung der Reichsmittel dem Reichsernährungsminister obliege, und daß diese Entscheidung durch einen Ausschuß bei der Preußenkasse vorbereitet werde, in dem je ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums, der Preußenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt sitzen. Er könne die Sache jedenfalls vor dem Reichstag nur dann vertreten, wenn ihm bei der Verteilung der Mittel die Entscheidung zustehe.

#### Die Ausschussfrage im Reichstag

RDZ, Berlin, 24. April. (Tel.) Nachdem man sich im Ausschuß des Reichstages über die Neuverteilung der Ausschussfrage nicht einig werden konnte, unternimmt jetzt die Wirtschaftspartei einen neuen Vorstoß, um ihre Wünsche durchzusetzen. Sie hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht, der auch von der Sozialistischen Partei unterstützt wird: „Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt entsprechend der Mitgliederzahl der Fraktionen nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung.“

#### Preußen und die Reichsreform

#### Hessen gegen Braun

Der preussische Ministerpräsident Braun hat in einer Landtagsrede zur Innenpolitik erklärt, er könne die Pläne, die z. B. auf die Bildung eines Groß-Hessens oder eines Landes Niederhessen hinausliefen, nicht ernst nehmen. Auf dem Wege der Rationalisierung unseres Staatswesens gebe es keine Verschlagung oder Auflösung Preußens; der Weg führe nur über einen festen Kern, den das Preussische Staatswesen darzustellen habe.

Dazu bemerkt das Organ der heftigen Landesregierung, die „Darmstädter Zeitung“: „Es braucht gegenüber den Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten nicht betont zu werden, daß man über die Wege zur Reichsreform in Südwest- und Mitteldeutschland anderer Ansicht ist. Unseres Wissens hat Ministerpräsident Braun den großpreussischen Standpunkt in der Öffentlichkeit noch nie so fest, um nicht zu sagen schröcklich, vertreten wie dieses Mal.“

Seyering für den Einheitsstaat

Im Reichswirtschaftsrat in Berlin sprach Dienstag nachmittags Reichsinnenminister Seyering auf Einladung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller über das Thema „Deutscher Einheitsstaat, seine weltwirtschaftliche und landwirtschaftliche Notwendigkeit und die Wege zu seiner Verwirklichung“. Der Minister warnte zunächst davor, Sparsamkeitsmaßnahmen zu ergreifen, die in Wirklichkeit keine sind. Die Verwirklichung des Einheitsstaates würde aber eine beträchtliche Verbilligung des Verwaltungsapparates bedeuten. In der Hauptsache käme es darauf an, den Norden und den Süden, Bayern, Württemberg, Baden und Preußen zusammenzubringen. Da sei außerordentlich schwer, zumal Bayern in erster Linie aus Gründen der Stammeszugehörigkeit dem Gedanken erheblichen Widerstand entgegensetze. Von einer Länderkonferenz sei nicht allzu viel zu erhoffen. Ein Volksentscheid könnte dann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn der Einheitsstaat so plastisch herausgestellt werden könnte, daß ihn auch der primitivste Wähler begriffe. Das Eigenleben der Länder lasse sich wegen der Reparationslasten durchaus nicht mehr aufrecht erhalten, auch wenn heute einzelne Länder noch so verzweifelt um ihre Selbstständigkeit kämpften, die sie in Wirklichkeit gar nicht mehr besitzen.

### \* Fortsetzung der Konferenz

In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz hat man sich erfreulicherweise auf den Beschluß hin geeinigt, die Beratungen fortzusetzen. Innerlich rechnet man aber doch noch immer mit der Möglichkeit, daß eine wirkliche Einigung unter den Sachverständigen nicht zustande kommt. Nur so läßt es sich verstehen, daß in der Vollziehung gestern ein Unterausschuß gebildet wurde, welcher den Auftrag hat, bereits den Konferenzbericht zu entwerfen. In diesem Bericht sollen die bisherigen Ergebnisse niedergelegt werden. Man geht davon aus, daß ja in verschiedenen wichtigen Punkten — vor allem organisatorischer Natur — Einmütigkeit erzielt wurde. Was die anderen Punkte betrifft, so soll die Berichterstattung darüber noch offen bleiben. Und inzwischen soll versucht werden, in vertraulichen Besprechungen der Sachverständigen untereinander eine Einigung über diese Punkte herbeizuführen.

Die Entscheidung ist also gewissermaßen vertagt worden. Da man allerseits eine Verständigung wünscht und nicht ganz ohne Hoffnungen ist, hat man es für das Wichtigste gehalten, Zeit zu gewinnen. Diese Zeitspanne wird etwa zehn bis vierzehn Tage umfassen: in den zwei Wochen wird der Unterausschuß seinen Bericht auftragsgemäß beendet haben. Bis dahin muß also Klarheit geschaffen worden sein, ob man sich einigen kann oder nicht.

Der Unterausschuß der Reparationskonferenz hat gestern seine erste Sitzung abgehalten. Er setzt sich wie folgt zusammen: Für Deutschland Dr. Schacht, für Frankreich Morreau, für England Josiah Stamp, für Amerika Owen D. Young, für Italien Birelli, für Belgien Franconi und für Japan Mori.

Der Pariser „Temps“ glaubt, die Aufgaben des Unterausschusses wie folgt kennzeichnen zu können: Es handle sich zunächst um das Statut der Bank für internationale Zahlungen, die beantragt sein werde, die deutschen Zahlungen auf Reparationskonto entgegenzunehmen, sie zu transferieren und unter die Gläubiger zu verteilen, des weiteren die Kommerzialisierungsanleihe anzulegen und ihren Zinsendienst sicherzustellen. Diese Bank werde außerdem den Ländern Kredite eröffnen können, in sämtlichen Ländern, einschließlich Deutschland Gelder anlegen, die Entwicklung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft fördern und infolgedessen die Besserung der wirtschaftlichen Bedingungen ermöglichen können. Es handle sich auch um die Unterteilung der deutschen Annullitäten in zwei Teile, von denen der eine ungeschuldet kommerzialisiert werden könne, während der andere einen in einer Klausel festgelegten Transfer- oder Moratoriumsschutz weiterhin genießen werde.

Sehr interessant ist die Tatsache, daß die Pariser Morgenblätter im Allgemeinen den Beschluß der Reparationskonferenz billigen und es begrüßen, daß damit die notwendige Zeit zu einem nochmaligen Verständigungsversuch genommen wurde. Der „Matin“ schreibt: Wenn Dr. Schacht auch, falls ihm an einem Erfolg liegt, sehr weitgehendes Entgegenkommen zeigen muß, so können die anderen ihm doch dabei helfen, und es wird immer wahrscheinlicher, daß sie das nur können, wenn sie die Mittel suchen, um die Hilfsquellen Deutschlands mit Hilfe der Tätigkeit der internationalen Bank zu mehren, und wenn sie in zweiter Linie, wenn sie auch die Mobilisierung von 13 Milliarden Reichsmark für die Reparationen fordern müssen, zu jeder Regelung des Annullitätenfalls, der für die Schulden in Frage kommt, bereit sein müssen, unter der einzigen Bedingung, daß die Zahlungen an Amerika nicht ihr eigenes Budget belasten.

Das ist eine Auslassung, die nicht nach schroffer Ablehnung klingt. Ebenso beachtenswert ist die Äußerung eines anderen Blattes, des „Populaire“, in welchem der Sozialistenführer Leon Blum schreibt: „Selbst wenn in 14 Tagen keine Verständigung erzielt werden sollte, selbst wenn die Konferenz auseinander geht, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben, würde niemand das Recht haben, zu verzweifeln. Die Initiative würde alsdann von den Sachverständigen auf die Regierungen, und besonders auf die amerikanische Regierung, übergehen. Niemand, der unterrichtet ist und klar denkt, hat sich einbilden können, daß die Arbeiten der Konferenz ohne gleichzeitige Kongressionen der Deutschen, der Alliierten und der Vereinigten Staaten Erfolg haben würden. An dem Tage, an dem die direkte Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten sich als unmöglich erweist, muß man Hoff-

